

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Vom bürgerlichen Gesehbuch.

Einem Vortrag des Prof. Stein in Halle entnehmen wir noch Folgendes über freiwillige Gerichtsbarkeit: Die „weitere Beschwerde“. Diese ist nicht mehr wie bisher aufgebaut auf dem Grundsatze der „duas conformes“, also ist ein neuer selbstständiger Beschwerdegrund nicht mehr erforderlich. Erforderlich ist vielmehr Gesetzesverletzung wie bei der Revision, ohne Beschäftigung auf rechtliches Recht: § 27 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (R.-G.-Bl. S. 189). Das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde entspricht somit nicht der weiteren Beschwerde der R.-G.-O., sondern der Revision. — Zuständig ist das Oberlandesgericht nach § 28 Abs. 1. c. und sonach in Preußen das Kammergericht. Prof. Stein weist hierbei auf das bayerische Oberlandesgericht hin, das nach dem 1. Januar 1900 nur noch eine verminderte Bedeutung haben wird. Die Einlegung der weiteren Beschwerde erfolgt beim ersten Gericht oder dem Landgericht oder Oberlandesgericht: § 29 Abs. 1. Die Erklärung der Beschwerde zu Protokoll des Gerichtsschreibers eines dieser drei Gerichte genügt nach der ratio legis trotz des nicht unbedeutenden Wortlautes des § 29 Abs. 4. (Der gleichen Ansicht war die Reichsjustizkommission.) — Die Wahrung der Rechtszeit ist durch § 28 Abs. 2 angetrieben. Danach hat das Oberlandesgericht, welches bei der Auslegung einer rechtsgerichtlichen Vorchrift von der auf weitere Beschwerde ergangenen Entscheidung eines anderen Oberlandesgerichts, falls aber über die Rechtsfrage bereits eine Entscheidung des Reichsgerichts ergangen ist, von dieser abzuweichen will, die weitere Beschwerde unter Begründung seiner Rechtsauffassung dem Reichsgericht vorzulegen. Das Reichsgericht entscheidet dann über die weitere Beschwerde. Der Vortragende betont eingehend die recht erheblichen Schwierigkeiten, die sich aus dieser gesetzlichen Bestimmung entwickeln werden, in Anbetracht des Umstandes, daß wir 28 Oberlandesgerichte in Deutschland haben. Jedenfalls sei hier zum Zwecke der Wahrung der Rechtszeit ein recht befriedigendes Mittel gewählt worden.

Zur Nachvollziehung bemerkt Prof. Stein, daß sich hier ein erweiterndes Bild bietet. Das neue Recht hatte hier ein Vorbild in dem rheinpreussischen Gesetz vom 23. Mai 1887 und dem elsaß-lothringischen vom 14. Juni 1888. § 86 I. c. bestimmt, daß, wenn ein Erbschaft mehrere Erben hinterläßt, das Nachlassgericht auf Antrag die Auseinandersetzung in Ansehung des Nachlasses zwischen den Beteiligten zu vermitteln hat, sofern nicht ein Testamentvollstrecker vorhanden ist. Die Thätigkeit des Nachlassgerichts besteht also in dem „Vermitteln“, es hat somit bei Vereinbarung seitens der Beteiligten kein Betas, es hat vielmehr die Vereinbarung gemäß § 91 zu „bestätigen“. Gegen den bestätigenden Beschluß gibt es keine Beschwerde aus sachlichen Gründen: § 96. Der Widerspruch eines Beteiligten ist, sofern er in der Verhandlung erklärt wird, unüberwindlich (§ 95 I. c.). Das Gesetz untersteht sich jedoch zwei Akte: a) die Vereinbarung über vorbereitende Maßregeln, insbesondere über die Art der Teilung, der Verwertung, Einziehung u. f. w. (§ 91, b) den Auseinandersetzungssplan (§ 93), worin die Teile zu berechnen sind u. f. w. In beiden Fällen ist Beurteilung erforderlich, sowie richterliche Bestätigung und Prüfung der Form. Die Erledigung der ganzen Nachlassheilung ist trotz der scharfen Scheidung in zwei Akte in einem Termine möglich. Nach § 93 Abs. 1 wird die Vereinbarung nach dem Nachlassgericht folgende Funktionen: a) abwesenden Beteiligten soweit möglich einen Pfleger ad hoc an Stelle des Vormundschaftsgerichts zu bestellen, wodurch öffentliche Abgaben wegfallen (§§ 89, 88); b) den im Auslande Verwalteten die erforderliche Genehmigung an Stelle des Vormundschaftsgerichts zu erteilen (§ 97 Abs. 2); c) bei Übertragung von Hypotheken auf einen der Erben die Eintragungsbewilligung entgegenzunehmen (§ 37 der Grundbuchordnung); schließlich d) soweit das Landrecht es gestattet, auch die Auflösung behufs der Übertragung von Grundstücken auf einen Erben entgegenzunehmen (§ 99 G.-B.-O.). Um den passiven Widerstand einzelner Beteiligter durch Nichterscheinen im Termin zu überwinden, gestattet das Gesetz a) mit den Erben einen zu verhandeln, soweit es möglich; b) die nachträgliche schriftliche Zustimmung der Nichterscheinenden; c) dem Nichterscheinenden das Präjudiz der Annahme seiner Zustimmung aufzuheben, wenn er nicht binnen einer bestimmten Frist einen neuen Termin beantragt und in diesem erscheint. Tut er das Eine oder das Andere nicht, so erfolgt die Bestätigung, sei es ohne Termin, sei es in dem auf seinen Antrag anberaumten (§ 91 Abs. 3, § 93 Abs. 2). Diese Härten mildert das Gesetz durch die Wiedereinlegung in den vorigen Stand (§ 92) und die Möglichkeit, daß beim Ausbleiben eines anderen Beteiligten in dem späteren Termine von den Anwesenden eine neue Vereinbarung getroffen wird. Es kann dies allerdings dann „eine Schraube ohne Ende“ werden.

Bei den Registerfragen betont Professor Stein, daß das Gesetz nur über das Handelsregister Bestimmungen getroffen und dieselben einfach auf die anderen Registerarten für anwendbar erklärt hat. Ein „Rechtsformular“ für die Register ist nicht eingeführt, es bleibt also nach wie vor bei den bestehenden Verschiedenheiten. Bezüglich der Eintragungen ist es eben so geblieben wie bisher; es bedarf bei ihnen der materiellen Prüfung, aber nicht notwendig in formeller Nachweisung. Die Löschung von Amts wegen ist in §§ 141 ff. geregelt. § 142 enthält nach der Ansicht des Vortragenden eine bedenkliche Generalregel; er bestimmt, daß das Registergericht eine Eintragung von Amts wegen löschen kann, wenn dieselbe in das Handelsregister bewirkt ist, obwohl sie wegen Mangels einer wesentlichen Voraussetzung unzulässig war (was sind „wesentliche Voraussetzungen“?). — Zuständig für Registerfragen ist außer dem Registergericht nach § 143 auch das Landgericht, und zwar, wo Kammer für Handelsachen bestehen, nur diese.

Die Verurteilung und Beglaubigung von Rechtsurteilen steht im Ganzen unter dem Beistand des Vertreters. Die durch das preussische Gesetz vom Jahre 1890 eingeführten Vereinbarungen und Erleichterungen sind beibehalten und zum Teil noch vermehrt.

Bemerkenswert ist insbesondere, daß der Notar durch Generalvollmacht nicht ausgeschlossen ist (§ 170), daß Eingangs- und Schlussformel des Protokolls fortfallen, daß Befenntnis zu überreichter Urkunde genügt, daß Recognition in Nothfällen auf Gefahr des Erklärenden unterbleiben kann u. f. w. — Nur die Beurkundung von Rechtsurteilen ist durch § 167 geregelt; für die von Generalvollmachten gilt das Handelsregisterbuch (§§ 259, 320), für die sonstigen Vorgänge, insbesondere von Notariatsurteilen, eidesstattlichen Versicherungen, gilt Landesrecht. — Zuständig zur öffentlichen Beglaubigung sind Amtsgerichte und Notare nebeneinander, so weit nicht das Landesrecht die Gerichte ausschließt. Sehr schwierig ist die Frage der Abgrenzung der Zuständigkeit „zur gerichtlichen oder notariellen Beurkundung“. Diese recht bedenkliche Schwierigkeit, die es u. A. fraglich erscheinen läßt, ob der Notar nach dem 1. Januar 1900 wirklich zu Testamentaufnahmen befähigt ist, ist entstanden durch die Artikel 141 und 3 des Einführungsgesetzes zum B.-G.-B.

Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Die Meldung eines schlesischen Blattes, daß die Kosten der Regulierung der schlesischen und märkischen Hochwassergefährlichen Flüsse rund 100 Millionen Mark betragen, und daß von dieser Summe 75 Millionen Mark auf die Provinz Schlesien entfallen, ist schon für die letzte gedachte Provinz nicht ganz richtig. Die Kosten der Regulierung der schlesischen linksseitigen Nebenflüsse der Oder sind einschließlich der Kosten der für die Flugsgebiete des Bobers und des Queißes in Aussicht genommenen Thalperren auf rund 73 Millionen Mark veranschlagt, wenn die Kosten des Ausbaues dieser Hochwasserbeden für Aufzwecke außer Berücksichtigung bleiben. Werden aber diese Kosten mit in die Rechnung einbezogen, so erhöht sich der Kostenbedarf um nahezu 9 Millionen Mark. Der auf die Provinz Brandenburg entfallende Kostenbetrag ist in jener Zeitungsnote mehr als doppelt so hoch angegeben.

Auch die Angabe über die Verteilung der Kosten zwischen Staat und Provinz dürfte verfehlt sein; eine endgültige Beschlußfassung der Staatsregierung über diesen Punkt dürfte noch ausstehen. Wenn schließlich berichtet wird, daß die Provinz Schlesien den auf sie entfallenden Anteil an den Regulierungskosten zur Hälfte auf die Nichtbeteiligten abzuwälzen gedenke, so mag daran erinnert werden, daß die Provinzialordnung den Provinzen das Recht beilegt, zu den Kosten von Veranlassungen, von welchen einzelne Theile der Provinz besonders Vortheil haben, die betr. Land- und Stadtkreise in entsprechend höherem Maße mit Prozentaufgaben zu belasten.

Nach vor Abschluß des Jahres werden, wie die „Schles. Volksztg.“ erfährt, auch die Feldartillerie-Regimenter der Armee, welche das neue Schnellfeuergeschütz bis jetzt noch nicht in Händen hatten, damit ausgerüstet und somit die gesamte Feldartillerie mit dem Schnellfeuergeschütz versehen sein, so daß die Ausbildung der im Oktober eingetretenen Rekruten bei allen Regimentern mit dem neuen Geschütz zu erfolgen vermag.

Die nordschlesischen Ausweisungen äußern auch außerhalb Berlins ihre Wirkungen auf die deutschen Handelsbeziehungen. In der „Königsb. Hartungschen Ztg.“ liest man: „Wie uns berichtet wird, haben hiesige Firmen auf ihre nach Dänemark gemachten Offerten vielfach die Antwort erhalten, daß die dänischen Firmen jede geschäftliche Verbindung mit Deutschland abbrechen wollen, so lange sie ihren Bedarf zu beliebig hohen Preisen noch aus dem übrigen Auslande decken können.“

Wie dem Prinz-Regenten von Bayern, überreichte der Kaiser auch dem Könige von Württemberg und dem Großherzoge von Baden ein Miniaturbild der Gedächtnisfeier, die bei der Einweihung der Gedächtnisfeier in Jerusalem in Anwesenheit des Kaiserpaars in eine Seitenwand eingelassen wurde.

Der „Birmingham Post“ zufolge soll Kaiser Wilhelm im Juli nächsten Jahres nach England kommen und nach einem Theil des Monats August dort zubringen wollen, um in der Zeit größerer Industriestädte zu besuchen und vielleicht auch nach Irland zu reisen.

Wie gemeldet, ist der türkische Votschafter in Berlin, Divisionsgeneral Tewfik Pascha zum Marschall ernannt worden. Nach einer Konstantinopeler Drahtmeldung der „Frf. Ztg.“ befragt das großherrliche Jrad, diese außerordentliche Beförderung gerade dem Sultan zur Freude und sei eine gnadenvolle Belohnung für seine Mitwirkung und erfolgreiche patriotische Thätigkeit auf dem Berliner Feste, bei dem Ausbruch der türkischen Freiheitskämpfe zwischen der Türkei und Deutschland, die beiden Reichern zum Wohle gereichen. Die Beförderungsurkunde („Menzhur“) genannt wird Tewfik Pascha durch eine große Offiziersabordnung in Berlin überreicht werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Dezember. Kaiser Franz Josef reiste heute Mittag mit der Prinzessin Gisela nach Wallsee, wohin sich auch die Kronprinzessin Wittve Stefanie mit ihrer Tochter begab.

Frankreich.

Paris, 1. Dezember. Der Senator Joffre beabsichtigt, für den Fall, daß der Kassationshof sich bezüglich des Prozesses Picquart vollständig passiv verhalten sollte, eine neue Interpellation einzubringen. Es verlangt, ein anderer Senator beabsichtige, darüber zu interpellieren, weshalb das Amtsblatt jene Stelle der Rede Dupuy's fortgelassen habe, wo es heißt, der Kassationshof besitze distinktionäre Gewalt. — Blättermeldungen zufolge habe der Kassationshof neuerdings eine Hausordnung vorgenommen, deren Ergebnis äußerst wichtig sei. — Dupuy erklärt in einer Zuschrift an den „Figaro“, er habe gesagt, das Verhältnis zwischen der Republik und der Armee würde zu Zweifeln führen, wenn der Kassationshof nicht durch die Vaterlandsliebe und durch den begeisterten Kultus für Frankreich veranlaßt würde.

Paris, 1. Dezember. „Figaro“ behauptet,

König Leopold von Belgien habe der spanischen Regierung den Austausch der kanarischen Inseln für den Kongostaat vorgeschlagen. Diese fonderbare Nachricht ist bisher von keiner andern Seite bestätigt.

Da behauptet worden war, die republikanische Fortschrittspartei sei mit der Haltung ihres Vorsitzenden Barthou in der Dreyfus-Sache nicht einverstanden, berief Barthou gestern eine Versammlung seiner Partei ein und bot seinen Mitgl. tritt an, da er es sich persönlich nicht nehmen lasse, Gerechtigkeit für einen unschuldig Verurtheilten zu fordern, jedoch nicht den Anschein erwecken wolle, in diesem besonderen Punkte im Namen seiner Partei zu sprechen. Die Versammlung erneuerte ihm einstimmig den Ausdruck ihres Vertrauens.

Ausland.

Petersburg, 1. Dezember. Der Kaiser wohnte gestern der Enthüllung des in Sebastopol errichteten Denkmals des Admirals Nachimow bei und kehrte darauf nach Kiewa zurück. — Auch im Petersburger Kadettenkorps wurde gestern eine Wüste Nachimows enthüllt und in allen Marinegarnisonen des Reiches wurden feierliche Gedenkstunden für denselben abgehalten.

Dem Mitgliede des Admiralsrats, des Vizeadmirals Berezichin, einem Mitkämpfer in der Seeschlacht von Sinop und bei der Verteidigung von Sebastopol, ist mittels kaiserlicher Kestripes der Andreas-Orden verliehen worden.

Dem Verein vom Nothen Kreuz ging vom Kaiser eine halbe Million zum Besten der hilfsbedürftigen Bauern in den von Mittern heimgefallenen Gegenden zu; außerdem erleichtert ein kaiserlicher Befehl die Lage dieser Bevölkerung durch Zuweisung von Holz aus den Kronsförstern.

Amerika.

New York, 1. Dezember. Der Zusammenbruch des Planes der zentral-amerikanischen Bundesstreitkräfte wird folgendem Vorgange zugeschrieben: Die Truppen von Honduras hatten vergeblich versucht, den Aufstand, der in San Salvador gegen den Aufbruch des Bundes mit Honduras und Nicaragua ausgebrochen war, im Auftrage der Leiter der Bundesbewegung zu unterdrücken.

Präsidenten des San Francisco melden, daß General Regalado, der die Präsidentschaft von Salabador an sich gerissen habe, Anstoß zum geschäftsführenden Minister eingelegt habe. Die Regierung sei nunmehr in den Händen der Revolutionäre.

Von der Marine.

Der Kriegsschiffbau für die amerikanische Marine ist jetzt etwa doppelt so groß, als er zu Beginn der Bauperiode innerhalb der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Im Bau oder bereits bewilligt, projektiert und in Zeichnung vorbereitet sind zur Zeit 8 Schlachtschiffe I. Klasse, 1 Kreuzer, 4 Monitors, 12 Torpedobootzerstörer, 28 Torpedoboote, 1 unterseeisches Boot (Plunger), 1 Schulschiff für Kadetten und 2 Schleppdampfer. Von den Schlachtschiffen ist der Bau bis zur sechsten Fertigkeitstellung bei „Maine“, bis 71 Prozent, bei „Kentucky“ 69 Prozent, „Alabama“ 65 Prozent, „Illinois“ 57 Prozent, „Wisconsin“ 62 Prozent fortgeschritten. Der Bau der drei neuesten größeren Schlachtschiffe „Maine“, „Ohio“ und „Missouri“ ist zwar auf den dazu beauftragten Werften vorbereitet, aber noch nicht bis zur Kiellegung gekommen.

Der geschützte Kreuzer „Albatros“, das Schnellkreuzer „New Orleans“, ist ebenso wie letzteres Schiff kurz vor dem Kriege in England bei Armstrong angekauft worden; doch konnte er nicht mehr vollendet und übergeführt werden.

Die vier Monitors und die Torpedobootzerstörer sind bewilligt, projektiert und zum Bau vergeben, doch wegen voranschreitender Veränderungen in der Konstruktion noch nicht begonnen. Die Torpedoboote sind theils fast vollendet, theils begonnen oder nur projektiert. Sie sind von verschiedenen Größen und sollen Geschwindigkeiten von 22½ Knoten bis zu 30 Knoten aufwärts erhalten.

Das Unterwasserboot „Plunger“, System Holland, dessen Bau bald beendet sein wird, soll aufgetaucht 15, unter Wasser 8 Knoten Fahrt laufen können.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 1. Dezember.

Eine von den wichtigsten Vorlagen der heutigen Tagesordnung betraf den schon mehrfach erörterten Bau einer zweiten städtischen Gasanstalt. In Gemäßheit eines früher von der Versammlung gefaßten Beschlusses hat der Magistrat Bedingungen für einen Wettbewerb zur Erlangung von Projekten für den Neubau der Gasanstalt ausgearbeitet, diese Bedingungen liegen der Versammlung zur Genehmigung vor. Ueber den Gegenstand selbst mögen nachfolgende Angaben zur Orientierung dienen:

Die Gasanstalt ist auf dem am Zabelsdorfer Bahnhof gelegenen Gelände zu errichten. Sie soll für eine Gaserzeugung von etwa 30 000 Kubm. Tagesmaximum zur sofortigen Auslieferung und für eine Erweiterungsfähigkeit auf etwa 60 000 Kubm. mindestens aber auf 120 000 Kubm. Tagesmaximum projektiert werden. Die Erweiterungsfähigkeit ist im Entwurf, und zwar im Lageplan und in der Darstellung der Gebäude und Apparate, nachzuweisen. Gegenstand des Unternehmens ist: a) die Ausarbeitung eines ausführlichen Projektes für die ganze Gasanstalt einschließlich aller maschinellen Theile derselben; b) die Ausführung der Anlage in dem oben bezeichneten Umfang von etwa 1/2 der Gesamtanlage. Doch ist von der Stadt in Aussicht genommen und wird ausdrücklich vorbehalten, die Ausführung auf die maschinellen Theile der Gasanstalt zu beschränken. Angebote müssen spätestens bis zum 15. Mai 1899, Mittags 12 Uhr, im Geschäftszimmer des Magistrats im Rathhause zu Stettin abgeliefert sein; später eingehende und wesentlich gegen die Bedingungen verstoßende Angebote sind von dem Wettbewerb ausgeschlossen. Die Unternehmer bleiben bis zum 15. September 1899 (einschließlich) an ihre

Angebote gebunden und haben für alle aus der Ausführung derselben der Stadt Stettin entstehenden Nachteile aufzukommen. Der Unternehmer muß bereit sein, für die Anschlagsumme mit oder ohne einzelne Auszeichnungen den ganzen Bau im Umfange der ersten Ausführung auf etwa 1/2, auszuführen unter Verzichtleistung auf die Vergütung für etwa im Anschlag nicht ausgeführte, aber notwendige Arbeiten, Nebenarbeiten und Werkzeuge. Die in der Ausschreibung angegebenen Preise vertheilt ein besonderes Preisgericht, den Zuschlag für Ausführung ertheilt die städtischen Behörden. Der Magistrat behält sich bei der Zuschlagserteilung die völlig freie Wahl unter den Bewerbern vor, ist zur Angabe von Gründen für die Zuschlagserteilung nicht verpflichtet und übernimmt auch nicht die Verpflichtung, einen der eingereichten Entwürfe auszuführen. Für die Vergütung der Ausführung wird außer der Zweckmäßigkeit des Entwurfes die Höhe des Kostenanschlages und das Zutreffen in die Leistungsfähigkeit des Unternehmers maßgebend sein, in erster Linie werden die Preisgewinne berücksichtigt, welche auch das Recht haben sollen, ihre Ansprüche auf Verlangen herabzumindern. Alsdann wird aber auch auf das Anerbieten einer kurzen Ausführungsfrist Gewicht gelegt. Es ist von großer Wichtigkeit für die Stadt, die Gasanstalt spätestens zum 1. Dezember 1901 in Betrieb zu nehmen. Der etwa zur Ausführung des Projektes gewählte Unternehmer hat die von den städtischen und staatlichen Behörden gewünschten Vervollständigungen und Veränderungen der Projektsunterlagen kostenlos zu bewilligen. Den so abgegebenen Entwurf mit den sämtlichen statischen, Massen- und Gewichtsberechnungen und einem Arbeitsplan hat der Unternehmer innerhalb 6 Wochen nach Anforderung wieder vorzulegen. Erst dieser vom Magistrat genehmigte Entwurf soll der Ausführung und dem Verträge zu Grunde gelegt werden. Aus diesen Bedingungen des Entwurfes darf der Unternehmer keine Abänderung der Einzelheiten, besondere Entschädigung oder Fristverlängerung herleiten. Die Fristen sollen in dem Verträge derart festgesetzt werden, daß die gesamte Bauausführung bis zu dem angegebenen Zeitpunkt vollständig betriebsfertig hergestellt ist. Der Betrieb der neuen Gasanstalt muß ohne jede Störung von diesem Tage ab beginnen können. Für jeden Tag späterer Fertigstellung wird eine Vertragsstrafe von 300 Mark festgesetzt. Für jeden Tag späterer Einreichung der abgeänderten Entwürfe und Berechnungen, sowie der Arbeitszeichnungen wird eine Vertragsstrafe von 50 Mark festgesetzt. Die Stadt bleibt berechtigt, während der Ausführung der den Gegenstand des Vertrages bildenden Arbeiten alle diejenigen Arbeiten, welche nicht Gegenstand des Vertrages sind, entweder selbst oder durch andere Unternehmer ausführen zu lassen. Aus dem Umstand, daß solche Arbeiten in Verbindung mit den sonstigen stattfinden, kann der Unternehmer einen Anspruch auf irgend eine Entschädigung nicht herleiten.

Namens der Finanzkommission referiert Herr Manasse über die Vorlage. Derselbe führt unter Verbringung eines umfangreichen Zahlenmaterials den Nachweis, daß unsere Gasproduktion nicht, wie bisher angenommen wurde, bis zum 1. Dezember 1901, an welchem Termin der Betrieb in der neuen Gasanstalt eröffnet werden soll, ausreichen vermöge. Die Zunahme des Konsums sei mit 5 Prozent bei Weitem zu niedrig angenommen, man werde noch mit einem Prozentas von doppelter Höhe wahrscheinlich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Bei einer Steigerung des Gaskonsums um 10 Prozent werde aber bereits im Dezember 1899 die Produktionsfähigkeit der alten Gasanstalt erschöpft sein. Nun würden allerdings Ersparnisse erreicht durch die Einrichtung elektrischer Beleuchtung im Krankenhaus, ferner durch Weiterführung der elektrischen Beleuchtungsanlage des Rathhauses am rechten Odeur sowie durch die elektrische Beleuchtung des Personenbahnhofs und endlich durch Umwandlung der alten Schüttbrenner an den Straßenlaternen in Glühlichtbrenner. Unter Anrechnung dieser Ersparnisse würde man der Konsumsteigerung bis zum Dezember 1900 genügen können, die Inbetriebnahme der neuen Gasanstalt werde jedoch frühestens am 1. Dezember 1901, also ein ganzes Jahr später, erfolgen können. Ohne Frage sei die Stadt verpflichtet, für Betriebung des Gasbedarfs zu sorgen, eine Erweiterung könne nur entstehen darüber, wie diese Verpflichtung am leichtesten zu erfüllen sei. Die Finanzkommission habe sich nicht dazu verstehen können, eine Abstandsnahme von dem schon erwähnten Stadtverordnetenbeschlusse auf Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zu empfehlen, es bleibe demnach nichts übrig, als eine Steigerung der Produktionsfähigkeit unserer alten Gasanstalt. Diese sei nur zu erzielen durch den Neubau eines Retortenhauses, der sich dem allgemeinen Entwurf für Umgestaltung der ganzen Anlage einfügen werde. Das Retortenhaus sei in der Hälfte der projektierten Größe gebaut und nur auf einer Seite mit Oefen besetzt, die Anlage werde allerdings eine Verlegung des Retortenhauses und des Verwaltungsgebäudes zur Folge haben und würden sich die Kosten auf rund 500 000 Mark belaufen. Dann handle es sich noch darum, für Aufspeicherung des mehr erzeugten Gases Sorge zu tragen und sei zu diesem Zweck der Bau eines Gasometers auf dem Gelände der neuen Gasanstalt vorgeschlagen. Die Vorbereitungen hierfür wären dergestalt zu treffen, daß nach Erlangung der Projekte alsbald der Bau beginnen könne. Auf solche Art werde man die bestehende Katastrophe am besten überwinden, die Anlagen hielten sich durchaus im Rahmen der allgemeinen Projekte, so daß die Kosten dafür später eingebracht werden würden. Die Hauptsache sei aber, daß man bei Ausschreibung der Einzelleistungen für die neue Gasanstalt nicht so sehr gedrängt sei. Die Finanzkommission ist demnach zu folgendem Antrag gelangt: Die Versammlung wolle an den Magistrat das Ersuchen richten um eine Vorlage von einem neuen Retortenhaus auf dem Gebiet der alten Gasanstalt und um Vorbereitung des Baues eines neuen Gasometers auf dem Gelände der neuen Gasanstalt insoweit, daß mit dem Bau gleich nach Erlangung von Projekten begonnen werden kann. Dieser Antrag der Finanzkommission wird von der Versammlung einstimmig genehmigt. — Im Anschluß

an die Bedingungen verlangt der Magistrat die Bewilligung von 20 000 Mark zu Preisen, ferner wird um Deputierung von fünf Stadtverordneten für das Preisgericht erlucht. Diese Anträge werden gleichfalls genehmigt, ebenso die Bedingungen zur Erlangung des Ideenwettbewerbs mit geringen, von der Finanzkommission vorgeschlagenen Abänderungen.

Von mehreren Stadtverordneten ist der Antrag eingegangen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach welcher für den von dem Kuratorium des hiesigen evangelischen Vereins und Gesellenhauses unterhaltenen Arbeitsnachweis, welcher in der kurzen Zeit seines Bestehens die vorzüglichsten Resultate erzielt und z. B. in den letzten 9 Monaten nicht weniger als 1598 Stellen für Arbeitnehmer vermittelt hat, seitens der Stadt ein jährlicher Zuschuß von 2000 Mark bewilligt werde, damit der Arbeitsnachweis dem Bedürfnisse entsprechend unterhalten und namentlich die bisher auch von den Arbeitnehmern erhobene Gebühr von 50 Pf. für jede einzelne Stellenvermittlung in Zukunft in Fortfall kommen könne. Ueber die Vorlage referiert namens der Finanzkommission Herr Dr. Kollisch und bittet derselbe um Bewilligung des geforderten Betrages, wobei er insbesondere auf die vielfachen Unzulänglichkeiten hinweist, welche aus der Erhebung einer Gebühr von den vielfach ganz mittellosen Arbeitssuchenden erwachsen. Die Finanzkommission beantragt Einstellung der Summe in den Etat 1899/1900 und zwar vorläufig nur auf ein Jahr. Herr Brädel vermag dem Antrage der Finanzkommission nur bedingungsweise zuzustimmen. Der Arbeitsnachweis im evangelischen Vereinshause sei gewiß ein sehr dankenswerthes Unternehmen, demselben habe aber der Mangel einer gewissen Einseitigkeit an, wenigstens sei dies die Ansicht vieler Beteiligten. Redner tritt für Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises ein, dessen Brauchbarkeit in einer größeren Anzahl von Orten erprobt sei, durch den Arbeitsnachweis in München wären z. B. im vorigen Jahre 25 000 Stellen besetzt worden und in Stuttgart sei im März 1898 mit 1400 Vermittlungen beinahe das hier in drei Vierteljahre genommene Resultat erreicht worden. Herr Brädel beantragt die Bewilligung der 2000 Mark mit der Maßgabe, daß eine geeignete Kommission eingesetzt werde, um die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in die Wege zu leiten.

Herr Bürgermeister Giesbrecht nimmt Bezug auf die vor Jahren bereits stattgehabten Verhandlungen über Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises, die damals zu diesem Zweck niedergesetzte Kommission sei einstimmig zu einem ablehnenden Votum gelangt, dem sich Magistrat und Stadtverordnete angeschlossen hätten. Redner glaubt nicht, daß erneute Verhandlungen über den Gegenstand zu einem wesentlich abweichenden Ergebnis führen würden. Herr Giesbrecht erklärt sich gegen den Antrag der Finanzkommission, da er nur für einen städtischen Arbeitsnachweis Geld zu bewilligen geneigt sei. — Herr Manasse ist erfreut, daß über die Möglichkeit eines Arbeitsnachweises im Allgemeinen keine Zweifel bestehen; er betont die Parteilosigkeit des vom Kuratorium des evangelischen Vereinshauses ins Leben gerufenen Unternehmens, nur Streikagitatoren würden dort rücksichtslos entfernt. — Herr Manasse gibt zu, daß ein Mißtrauen gegen den Arbeitsnachweis des evang. Vereinshauses in gewissen Kreisen der Arbeiterschaft bestehe und daß dasselbe auch durch die gewichtigen Gegenstände sich nicht werde aus der Welt schaffen lassen, deshalb erlaube ihm der Antrag Brädel durchaus annehmbar und werde er für denselben stimmen. — In ähnlichem Sinne äußert sich Herr Ladeberg, worauf ein Schlußantrag angenommen wird. — Die 2000 Mark werden jedoch für das Etatsjahr 1899—1900 bewilligt unter gleichzeitiger Annahme des etwas modifizierten Antrages Brädel, durch den namentlich der Magistrat erlucht wird, mit der Stadtverordnetenversammlung wegen Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises in Berathung zu treten.

Herr Poppe referiert über einen Tausch von Männen im Schlachthof, welche dem dortigen Restaurateur Stettins behufs Vergrößerung der Schankwirtschaft genehmigt werden sollen. Die Versammlung stimmt zu.

Auf das Extra-Ordinarium Tit. V werden 22 500 Mark für Abtragung von 42000 Kubikmeter Boden auf dem Terrain zwischen der Jagetierstraße und dem neuen Fußweg zum Sommerdörfer Bahnhof gefordert. Der Abtrag soll erfolgen zur Anschließung der Sommerstraße, zur Aufhebung der Galtswiese und zur Ausbarmung des Baublocks. Herr Dieß als Referent begründet die Nothwendigkeit einer Korrigierung der Sommerstraße mit der bei Anlage des projektierten großen Kanals auf der Galtswiese unvermeidlichen Sperrung dieses ziemlich stark benutzten Strazenganges, worauf ohne Widerspruch die Bewilligung der Summe erfolgt.

Ferner werden aus dem Extra-Ordinarium, Titel I, 13 000 Mark für Verstellung einer Zeder- und Pflasterung des Platzes zwischen dem Kleinviehstall und Schweinestall 1 auf dem städt. Viehhof gefordert. Bei dieser Gelegenheit wird von Herrn Woschido darauf hingewiesen, daß die Anlage der großen Viehrampe vieles zu wünschen übrig lasse, dieselbe befände sich unter freiem Himmel, sogar ohne den Schutz einer sehr notwendigen Ueberdachung. — Herr Poppe erwidert, es könnte merkwürdig erscheinen, daß die interessierten Fleischer sich nicht an ihn, sondern an einen Weinbändler mit ihren Klagen gewandt hätten. Das sage fast so aus, als habe er seine Schuldigkeit nicht gethan, er habe jedoch bereits vor Jahr und Tag in der Deputations-Deputation das Verlangen nach Ueberdachung der Waage ausgesprochen und Herr Vaustrat Meyer habe die Erfüllung dieses Wunsches zugesichert, bis jetzt aber leider noch nichts in der Sache gethan.

Besuchs der Deputationsgänger hat der Magistrat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Gehefte aller Deputierten, die in der dem Haushaltplan vorgezeichneten Nachweisung aufgeführt sind, werden vierteljährlich im Voraus gezahlt, ebenso die Stellenzulagen, Mantel- und Kleidergeld, sowie die Vergütung der Magistrats-Äfforen. 2. Die Vergütung wird der zu 1. erwähnten Ausnahmen monatlich nachträglich gezahlt, jedoch unbedenklich erworbenen Rechte.

Besuchs der Deputationsgänger hat der Magistrat folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Gehefte aller Deputierten, die in der dem Haushaltplan vorgezeichneten Nachweisung aufgeführt sind, werden vierteljährlich im Voraus gezahlt, ebenso die Stellenzulagen, Mantel- und Kleidergeld, sowie die Vergütung der Magistrats-Äfforen. 2. Die Vergütung wird der zu 1. erwähnten Ausnahmen monatlich nachträglich gezahlt, jedoch unbedenklich erworbenen Rechte.

